



Einlenken des Senats

Hochschwängere Flüchtlinge werden nicht mehr „umverteilt“

Ein Erfolg im Kampf für eine bessere medizinische Versorgung von sich illegal in Hamburg aufhaltenden Frauen erreichte die Ärztekammer. Durch eine Intervention der Ärztekammer beim bisherigen Innensenator und jetzigen Bürgermeister Christoph Ahlhaus, konnte bewirkt werden, dass hier geduldete Frauen, deren Schwangerschaft die 26. Woche erreicht hat, zukünftig nicht mehr auf andere Bundesländer verteilt werden. „Wir freuen uns sehr über das Ergebnis“, sagt Dr. Frank Ulrich Montgomery. „Hochschwängere Frauen werden nicht mehr in Flüchtlingsunterkünfte anderer Bundesländer umverteilt.“ Dass nun die Schwangeren-Vorsorge bei den behandelnden Ärztinnen und Ärzten in Hamburg weiterhin durchgeführt werden könne, sieht Montgomery als einen großen Vorteil für die Betreuung der Frauen.

Hintergrund war der tragische Verlauf einer Schwangerschaft. Eine Ghanaerin war zweimal kurz vor Ende der Schwangerschaft von Hamburg aus in verschiedene Flüchtlingsheime in Mecklenburg-Vorpommern umverteilt worden. Sie brachte ihr Kind im Mai tot zur Welt. Eine Hamburger Gynäkologin hatte die Kammer informiert. Der Vorstand der Ärztekammer befasste sich umgehend mit dem Fall und kritisierte gegenüber dem Innensenator den Umgang mit schwangeren Flüchtlingsfrauen aufs Schärfste. Auch wenn medizinisch ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Umverteilung und Schwangerschaftsverlauf nicht hergestellt werden könne, ist nach Auffassung der Ärztekammer im Umgang mit schwangeren Frauen in einer solch besonderen und belasteten Lebenssituation gesteigerte Sorgfalt geboten. Insbesondere, dass es keinerlei Sonderregelungen für Hochschwängere gebe, sah der Vorstand als echten Mangel.

Montgomery sieht das Entgegenkommen des Senats in dieser Frage als einen ersten Schritt: „Es sollten nun auch in anderen Fragen Taten folgen, um die medizinische Versorgung von Illegalen in Hamburg zu verbessern.“

**Pressestelle
der Hamburger Ärzteschaft**

Telefon 040/ 20 22 99 200

Fax 040/ 20 22 99 400

presse@aekeh.de

Pressestelle der Ärztekammer Hamburg

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: Dorte Kieckbusch / 14. September 2010